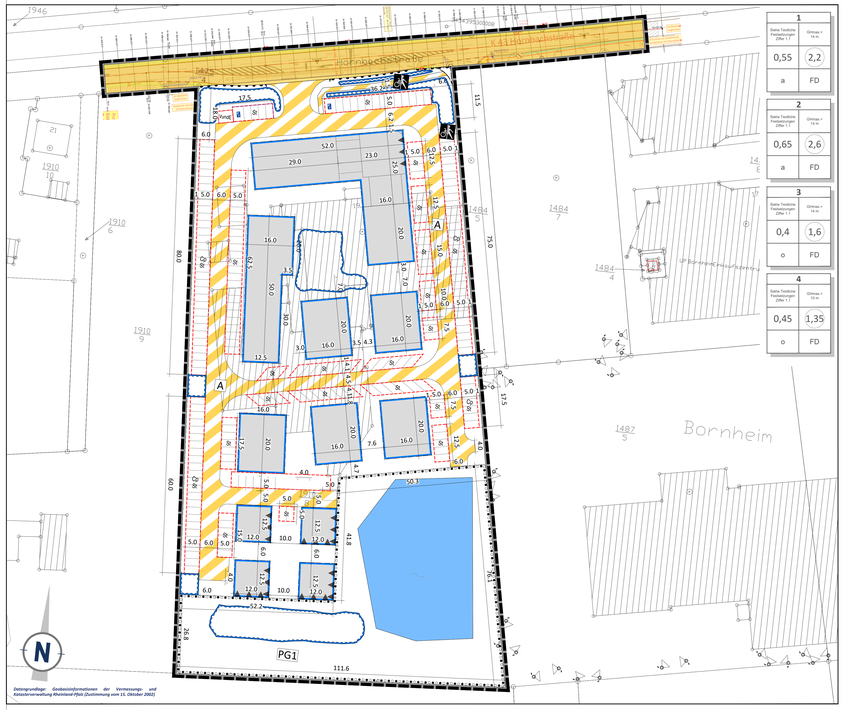
VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN

" HORNBACHSTRASSE 19 ", ORTSGEMEINDE BORNHEIM

PLAN Maßstab 1 : 500



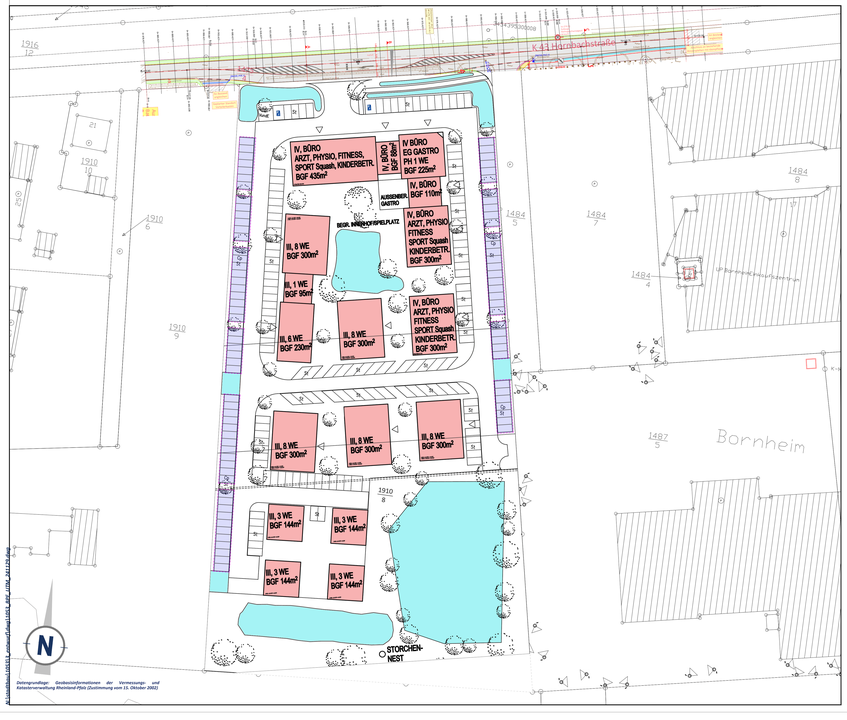
1		
Siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1		GHmax = 14 m
0,55		2,2
a		FD

2		
Siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1		GHmax = 14 m
0,65		2,6
a		FD

3		
Siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1		GHmax = 14 m
0,4		1,6
o		FD

4		
Siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1		GHmax = 10 m
0,45		1,35
o		FD

TEILPLAN C: VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN Maßstab 1 : 500



PLANZEICHEN nach der PlanzV

1. **Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB -, §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO -)**
   - Art der baulichen Nutzung siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1
2. **Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)**
   - 0,6 * Grundflächenzahl GRZ als Dezimalzahl
   - 1,6 * Geschossflächenzahl GFZ als Dezimalzahl
   - III* Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
   - GHmax. Maximale Gebäudehöhe in Meter über Normalhöhennull
3. **Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)**
   - a Abweichende Bauweise
   - o Offene Bauweise
   - Baugrenze
   - Nicht überbaubare Grundstücksflächen
   - Überbaubare Grundstücksflächen

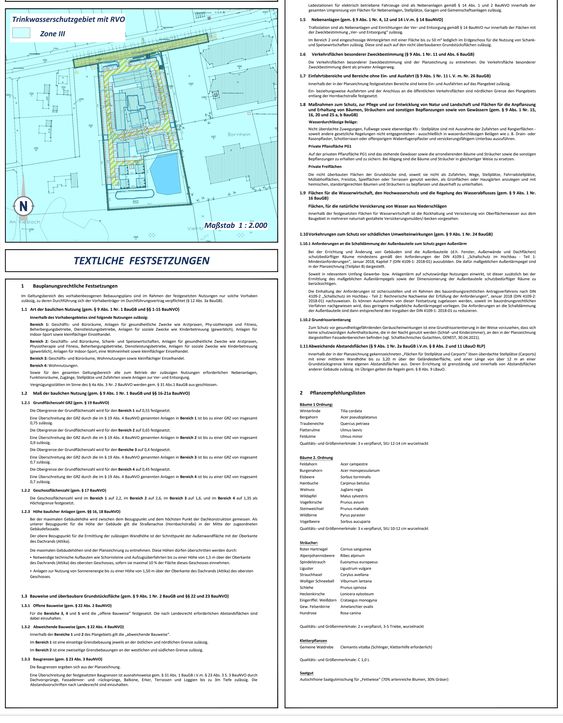
Nutzungsschablone (beispielhaft)

Art der baulichen Nutzung	Maximale Gebäudehöhe	Siehe Textliche Festsetzungen Ziffer 1.1	GHmax = 14 m
Grundflächenzahl GRZ	Geschossflächenzahl GFZ	0,6	2,4
Zulässige Bauweise	Dachform	a	FD

6. **Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)**
   - Öffentliche Verkehrsflächen
   - Private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
   - A Zweckbestimmung: Anliegerweg
   - R Zweckbestimmung: Rad- und Fußweg
10. **Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)**
    - Wasserwirtschaftsfläche
    - Wasserfläche
13. **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)**
    - Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern. (§9 Abs. 1 Nr. 25 b und Abs 6 BauGB)
    - PG1 Zweckbestimmung: Private Pflanzfläche, s. textliche Festsetzungen Ziffer 1.7
15. **Sonstige Planzeichen**
    - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
    - Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 4 BauGB)
    - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
    - Mit Geh- und Fahrrechten zu belastende Flächen - schmale Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
    - St Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs.1 Nr.4 und 22 BauGB) Zweckbestimmung: Stellplätze
    - Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs.1 Nr.4 und 22 BauGB) Zweckbestimmung: Stellplätze und Carports
    - Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs.1 Nr.4 und 12 BauGB) Zweckbestimmung: Ver- und Entsorgung
    - 12.00* Maßangaben in Meter
16. **Planzeichen zur Darstellung des Bestandes**
    - Wohngebäude mit Hausnummer
    - Grundstücksgrenze
    - 43-5* Flurstücksnummer

* *Alle in der Legende angegebenen Zahlenwerte sind beispielhaft!*

TEILPLAN A



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

Im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sind im Rahmen der Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig, zu denen Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet (§ 12 Abs. 3a BauGB).

1.1 Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO)

Innerhalb des Vorhabengebietes sind folgende Nutzungen zulässig:

Bereich 1: Geschäfts- und Büroräume, Anlagen für gesundheitliche Zwecke wie Arztpraxen, Physiotherapie und Fitness, Beherbergungsbetrieb, Gastronomiebetrieb, Anlagen für soziale Zwecke wie Kindertreffpunkt (gewerblich), Anlagen für kulturelle Zwecke wie Ausstellungsräume (nichtgewerblich).

Bereich 2: Geschäfts- und Büroräume, Sport- und Spielwerkstätten, Anlagen für gesundheitliche Zwecke wie Arztpraxen, Physiotherapie und Fitness, Beherbergungsbetrieb, Gastronomiebetrieb, Anlagen für soziale Zwecke wie Kindertreffpunkt (gewerblich), Anlagen für indoor-Sport, eine Wohneinheit sowie Kinderbetreuung.

Bereich 3: Geschäfts- und Büroräume, Wohnnutzungen sowie kleinflächiger Einzelhandel.

Bereich 4: Wohnnutzungen.

Sowie für den gesamten Geltungsbereich alle zum Betrieb der zulässigen Nutzungen erforderlichen Nebenanlagen, Funktionsräume, Zugänge, Stellplätze und Zufahrten zur Ver- und Entsorgung.

Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO werden gem. § 31 Abs.1 BauGB ausgeschlossen.

1.2 Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16-21a BauNVO)

1.2.1 Grundflächenzahl GRZ (gem. § 19 BauNVO)

Die Obergrenze der Grundflächenzahl wird für den **Bereich 1** auf 0,55 festgesetzt.

Eine Überschreitung der GRZ durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten Anlagen in **Bereich 1** ist bis zu einer GRZ von insgesamt 0,75 zulässig.

Die Obergrenze der Grundflächenzahl wird für den **Bereich 2** auf 0,65 festgesetzt.

Eine Überschreitung der GRZ durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten Anlagen in **Bereich 2** ist bis zu einer GRZ von insgesamt 0,8 zulässig.

Die Obergrenze der Grundflächenzahl wird für den **Bereiche 3** auf 0,4 festgesetzt.

Eine Überschreitung der GRZ durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten Anlagen in **Bereich 3** ist bis zu einer GRZ von insgesamt 0,7 zulässig.

Die Obergrenze der Grundflächenzahl wird für den **Bereich 4** auf 0,45 festgesetzt.

Eine Überschreitung der GRZ durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten Anlagen in **Bereich 4** ist bis zu einer GRZ von insgesamt 0,7 zulässig.

1.2.2 Geschossflächenzahl (gem. § 17 BauNVO)

Die Geschossflächenzahl wird im **Bereich 1** auf 2,2, im **Bereich 2** auf 2,6, im **Bereich 3** auf 1,6, und im **Bereich 4** auf 1,35 als Höchstgrenze festgesetzt.

1.2.3 Höhe baulicher Anlagen (gem. §§ 16, 18 BauNVO)

Bei der maximalen Gebäudehöhe wird zwischen dem Bezugspunkt und dem höchsten Punkt der Dachkonstruktion gemessen. Als unterer Bezugspunkt für die Höhe der Gebäude gilt die Straßenachse (Hornbachstraße) in der Mitte der zugeordneten Gebäudefassade.

Der oberste Bezugspunkt für die Ermittlung der zulässigen Wandhöhe ist der Schnittpunkt der Außenwandfläche mit der Oberkante des Dachrands (Attika).

Die maximalen Gebäudehöhen sind der Planzeichnung zu entnehmen. Diese Höhen dürfen überschritten werden durch:

- technisch notwendige Anlagen wie Schornsteine und Aufzugsüberfahrten bis zu einer Höhe von 1,5 m über der Oberkante des Dachrands (Attika) des obersten Geschosses, sofern sie maximal 10 % der Fläche dieses Geschosses einnehmen.
- Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie bis zu einer Höhe von 1,50 m über der Oberkante des Dachrands (Attika) des obersten Geschosses.

1.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und §§ 22 und 23 BauNVO)

1.3.1 Offene Bauweise (gem. § 22 Abs. 2 BauNVO)

Für die **Bereiche 2, 3** und 5 wird die „offene Bauweise" festgesetzt. Die nach Landesrecht erforderlichen Abstandsflächen sind dabei einzuhalten.

1.3.2 Abweichende Bauweise (gem. § 22 Abs. 4 BauNVO)

Innerhalb der **Bereiche 1** und 2 des Plangebiets gilt die „abweichende Bauweise".

Im **Bereich 1** ist eine einseitige Grenzbebauung jeweils an der östlichen und nördlichen Grenze zulässig.

Im **Bereich 2** ist eine zweiseitige Grenzbebauungen an der westlichen und südlichen Grenze zulässig.

1.3.3 Baugrenzen (gem. § 23 Abs. 3 BauNVO)

Die Baugrenzen ergeben sich aus der Planzeichnung.

Eine Überschreitung der festgesetzten Baugrenzen ist ausnahmsweise gem. § 31 Abs. 1 BauGB i.V. m. § 23 Abs. 3 S. 3 BauNVO durch untergeordnete Bauteile wie Eingangsüberdachungen, Vordächer, Erker, Terrassen und Loggien bis zu 3m Tiefe zulässig. Die Abstandsvorschriften nach Landesrecht sind einzuhalten.

1.4 Stellplätze (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 12 BauNVO)

Stellplätze sowie Carports, ausgenommen Behindertenstellplätze, sind nur innerhalb der „Flächen für Stellplätze" sowie „Flächen für Stellplätze und Carports" zulässig.

Ladestationen für elektrisch betriebene Fahrzeuge sind als Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 und 2 BauNVO innerhalb der gesamten Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen zulässig.

1.5 Nebenanlagen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4, 12 und 14 i.V.m. § 14 BauNVO)

Fahrstühle und an Nebenanlagen und Einrichtungen der Ver- und Entsorgung gemäß § 14 BauNVO nur innerhalb der Flächen mit der Zweckbestimmung „Ver- und Entsorgung" zulässig.

Im Bereich 2 sind angeschlossene Wintergärten mit einer Fläche bis zu 50 m² lediglich im Erdgeschoss für die Nutzung von Schank- und Speisewirtschaften zulässig. Diese sind auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

1.6 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Die Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung und der Planzeichnung zu entnehmen. Die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung dient als privater Anliegerweg.

1.7 Einfahrtsbereiche und Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. Nr. 26 BauGB)

Innerhalb der in der Planzeichnung festgesetzten Bereiche sind keine Ein- und Ausfahrten auf die Hornbachstraße zulässig.

Ein berufungsfähige Ausfahrten und der Anschluss an die öffentlichen Verkehrsflächen sind nördlichen Grenze den Plangebiets vorhing der Hornbachstraße festgesetzt.

1.8 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft und Flächen für die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern. (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 16, 20 und 25 a, b BauGB)

Wasserhaushaltsgesetz hrrlige:

Nicht überdachte Zuwegungen, Fußwege sowie ebenerdige Kfz - Stellplätze sind mit Ausnahme der Zufahrten und Anlagenflächen für Menschen mit Behinderung in wasserdurchlässiger Bauweise herzustellen (Schotterrasen, Rasenfugenpflaster, Pflaster mit offenen Fugenanteilen). Einfahrtsrinnen oder offengrüngrünen Rückhaltegrünflächen sind unzulässig/ungültigen Unterbau auszuführen.

Private Pflanzfläche PG1

Auf der privaten Pflanzfläche PG1 sind das stehende Gewässer sowie die anrandenden Bäume und Sträucher sowie die sonstigen Bepflanzungen zu erhalten und zu sichern. Bei Abgang sind die Bäume und Sträucher in gleichartiger Weise zu ersetzen.

Private Freiflächen

Die nicht überbauten Flächen der Grundstücke sind, soweit sie nicht als Zufahrten, Wege, Stellplätze, Fahrradabstellplätze, Müllabstellflächen, Lagerflächen, Spielflächen oder Terrassen genutzt werden, als Grünflächen oder Hausgärten anzulegen und mit Hochstämmen, standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

1.9 Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Flächen, für die natürliche Versickerung von Wasser aus Niederschlägen

Innerhalb der festgesetzten Flächen für Wasserwirtschaft ist die Rückhaltung und Versickerung von Oberflächenwasser aus dem Baugebiet in mehreren naturnah gestalteten Versickerungsmulden/-becken vorgesehen.

1.10 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

1.10.1 Anforderungen an die Schalldämmung der Außenbauteile zum Schutz gegen Außenlärm

Bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden sind die Außenbauteile (Ein-, Fenster, Außenwände und Dachflächen) schalldämpfender Räume mindestens gemäß den Anforderungen der DIN 4109-1 „Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" vom Januar 2018 und DIN 4109-2: 2018-01 auszubilden. Die dafür maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Planzeichnung/Tabelle ist dargestellt.

Soweit in relevanten Lüftung Gewerbe- bzw. Anlagenlärm auf schutzwürdige Nutzungen einwirkt, ist dieser zusätzlich bei der Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels sowie der Dimensionierung der Außenbauteile schalldämpfter Räume zu berücksichtigen.

Die Erhaltung der Anforderungen ist sicherzustellen und im Rahmen des baurechtsgenehmigungsrechtlichen Antragsverfahrens nach DIN 4109-2 „Schallschutz im Hochbau - Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen", Januar 2018 (DIN 4109-2: 2018-01) nachzuweisen. Alternativ kann auch ein Nachweis durch Messungen nach dem vereinfachten Verfahren nachgewiesen wird, dass geringere maßgebliche Außenlärmpegel vorliegen. Die Anforderungen an die Schalldämmung der Außenbauteile sind dann entsprechend den Vorgaben der DIN 4109-1 2018-01 zu reduzieren.

1.10.2 Grundrissorientierung

Zum Schutz vor gesundheitsgefährdenden Geräuscheinwirkungen ist eine Grundrissorientierung in der Weise vorzusehen, dass sich Aufenthaltsräume (gemäß Landesbauordnung) an den Fassaden mit den geringsten Lärmbelastungen befinden, an den in der Planzeichnung entsprechenden Fassadenabschnitten befinden (vgl. Schallschutznahme-Gutachten, LÄRMKONTOR GMBH, 2022).

1.11 Abwechselnde Anordnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2a BauGB i.V.m. § 9 Abs. 2 und 11 (dauer) RUP)

Innerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten „Flächen für Stellplätze und Carports" dazu überdachte Stellplätze (Carports) nur in der Form von offenen Carports zulässig. Die Carports sind mit einem Flachdach zu versehen. Die Dachneigung ist auf maximal 5° begrenzt. Geschlossene Abstellräumen aus, Sonn Errichtung ist grundsätzlig und innerhalb von Abstandsflächen ebenso darin vor einem Rückzugsbereich, in Abgrenze mit den zu errichtenden Firsten, planmäßig die Anforderungen der heutigen artenschutzrechtlichen Forderungen entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauvorlagenplan zu nichnen in nicht Umfang der evtl. not-wendigen Grabungen und von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen bereitzustellen.

Die Gemeindeversammlung Ausfuhrte, Eine Rheinland-Pfalz wird, darauf hin, dass die Inhalt/Form besonders für die Maßnahmen zur Vorbereitung der Erschließungsmaßnahmen gilt. Diese Maßnahmen liegt beim Vorhabenträger im Sinne der Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Kultur zur Durchführung von § 31, Abs. 3 StGN, Punkt 1 und 2, wonach die zuständige Erschließungsträger beim Bauträger/Bauherrn.

Nun vorrangig wird darauf hingewiesen, dass sich im Planungsgebiet bisher nicht bekannte Kleinbrenner (wie Grenzsteine) befinden können. Diese sind – sofern sie gefunden werden – unter Schonung des Steines zu bergen und zu sichern. Die Bergung ist anzuzeigen, historischen Standort entfernt werden.

2 Pflanzempfehlungslisten

Bäume 1 Ordnung:

Winterlinde	Tilia cordata
Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Traubeneiche	Quercus petraea
Flatterulme	Ulmus laevis
Feldulme	Ulmus minor

Qualität– und Größenmerkmale: 3 x verpflanzt, StU 12-14 cm wurzelnackt

Bäume 2. Ordnung

Feldahorn	Acer campestre
Burgenahorn	Acer monspessulanum
Eibbeere	Taxbus baccinata
Hainbuche	Carpinus betulus
Walnuss	Juglans regia
Wildapfel	Malus sylvestris
Vogelkirsche	Prunus avium
Steinweichsel	Prunus mahaleb
Wildbirne	Pyrus communis
Vogelbeere	Sorbus aucuparii

Qualität– und Größenmerkmale: 3 x verpflanzt, StU 10-12 cm wurzelnackt

Sträucher:

Roter Hartriegel	Cornus sanguinea
Alpenjohannisbeere	Ribes alpinum
Spindelstrauch	Euonymus europaeus
Haselnuss	Corylus avellana
Strauchhasel	Cordus avellana
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana
Schlehe	Prunus spinosa
Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Eingriffel. Weißdorn	Crataegus monogyna
Gew. Felsenbirne	Amelanchier ovalis
Hundrose	Rosa canina

Qualität– und Größenmerkmale: 2 x verpflanzt, 3-5 Triebe, wurzelnackt

Kletterpflanzen

Gemeine Waldrebe Clematis vitalba (Schlinger, Kletterhilfe erforderlich)

Qualität– und Größenmerkmale: C 1,0 l

Spalier

Aufrechtbare Saalgutmischung für „Hofwiese" (70% artenreiche Blumen, 30% Gräser)

3 BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 88 LBAUO)

3.1 Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 88 Abs. 1 Nr. 1 LBauO)

3.1.1 Dachform, Dachneigung

Innerhalb des Plangebiets sind für Hauptgebäude Flachdächer zulässig.

Für untergeordnete Bauteile, als oberer Abschluss von untergeordneten Vorbauten wie Wintergärten, Erker bzw. zur Herstellung von Dachterrassen sind auch Flachdächer oder flachgeneigte Dächer mit Dachneigungen von 0° bis 10° zulässig.

3.1.2 Dachdeckung

Auf den Dächern der Hauptgebäude und Carports sind Anlagen für den Einsatz erneuerbarer Energien wie Solar- und Photovoltaikanlagen zulässig.

3.2 Gestaltung der unbebauten Flächen der Baugrundstücke (§ 88 Abs. 1 Nr. 3 LBauO)

Die Vorgärten, das sind die Flächen zwischen den Erschließungsstraßen und der straßenzugewandten Baugrenze, dürfen nicht als Arbeits-, Lager- oder Abstellflächen genutzt werden. Sie sind gärtnerisch anzulegen. Die Anlage von Schottergärten sowie die Abstellmöglichkeiten oder Fahrräder gesetzt werden, gärtnerisch mit Vegetation zu gestalten. Eine Gestaltung mit Steinen beschränkt sich max. Schotter o.ä. ist generell unzulässig.

3.3 Zahl der notwendigen Stellplätze nach § 47 LBauO (§ 88 Abs. 1 Nr. 8 LBauO)

Die Zahl der notwendigen Stellplätze wird gem. der Satzung der Ortsgemeinde Bornheim über die Festlegung der Zahl der notwendigen Stellplätze bestimmt.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 ABS. 6 BAUGB)

Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffene Festsetzungen, gemeindliche Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang sowie Gebietsteile nach Landesrecht sollen in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen werden, soweit sie zu seinem Verständnis oder zur Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben und Bebauung erforderlich sind.

Trinkwasserschutzgebiet Zone III

Das Plangebiet liegt vollständig in der Zone III des Trinkwasserschutzgebietes „Dreifel, Offenbacher Wald" Die Ge- und Verbote der Schutzgebietsverordnung (veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 1 vom 14.01.2002) sind zu beachten.

Es darf während des Baubetriebes nicht zu Schadstoffeinträgen in das Grundwasser kommen. Es sind im Vorfeldes und während